19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Catrin Wahlen (GRÜNE)

vom 22. Mai 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Mai 2025)

zum Thema:

Abschaffung der Widerspruchsbeiräte nach SGB IX und XII?

und **Antwort** vom 5. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 6. Juni 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Catrin Wahlen (GRÜNE)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22 650
vom 22.05.2025
über Abschaffung der Widerspruchsbeiräte nach SGB IX und XII?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Verwaltung: Zu den erfragten Sachverhalten bzw. Daten liegen dem Senat teilweise keine eigenen Erkenntnisse vor. Deswegen hat er die Bezirke um Stellungnahme gegeben; die eingegangenen Antworten wurden hier zusammengefasst.

Vorbemerkungen der Abgeordneten: In der 52. Ausschusssitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 15.05.2025, verkündete Staatssekretär Bozkurt die Abschaffung der Widerspruchsbeiräte für die Sozialgesetzbücher IX und XII. Bisher fand keinerlei parlamentarische Befassung zu diesem Thema statt.

1. Was genau plant der Senat im Bezug zu den Widerspruchsbeiräten für die beiden oben genannten Rechtskreise?
2. Welche Gründe führten zur im Ausschuss verkündeten Abschaffung der Widerspruchsbeiräte?
4. Wie beurteilt der Senat die rechtliche Situation? Der § 6 AG SGB IX normiert explizit einen Widerspruchsbeirat und gleichzeitig fordert § 116 SGB XII die Beteiligung von "sozial erfahrene[n] Dritten". Wie plant der Senat diese Anforderungen der Rechtsnormen in Zukunft abzusichern und die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in diesen Prozessen zu stärken?

Zu 1., 2. und zu 4.: Die Änderung des AG SGB XII und des AG SGB IX ist auf Grundlage des Beschlusses vom 10.10.2024 des Rats der Bürgermeister beabsichtigt. Durch die Einbeziehung der Widerspruchsbeiräte im Widerspruchsverfahren wird die Erteilung des Widerspruchsbescheids erheblich verzögert.

Die Beteiligung sozial erfahrener Dritter steht sowohl nach § 116 Abs. 1 SGB XII als auch nach Absatz 2 unter einem unbegrenzten Vorbehalt abweichenden Landesrechts. Dieser Vorbehalt zugunsten des Landesrechts ist umfassend, er deckt auch den völligen Ausschluss der Beteiligung sozial erfahrener Dritter.

Eine entsprechende bundesrechtliche Regelung für den Rechtskreis der Eingliederungshilfe wurde nicht dem SGB XII nachvollzogen.

Im Übrigen wird auf die Antwort auf die Schriftliche Anfrage Drs. 19/12286 vom 21.06.2022 verwiesen.

3. Welche Gespräche, Gutachten oder statistischen Auswertungen wurden im Vorhinein der Entscheidung der Abschaffung geführt, insbesondere auch mit den beteiligten Akteuren und der Trägerlandschaft?
5. Wie wurden die betroffenen Gruppen in die Entscheidungsprozesse eingebunden? Wann wurden Gespräche mit der Landesbeauftragten und den Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, mit dem Landes- oder den bezirklichen Beiräten für Menschen mit Behinderungen geführt? Welche weiteren Akteure wurden in den Prozess einbezogen?
6. Im Ausschuss wurde auf das Sozialgericht als ausreichenden Rechtsschutz verwiesen. Gab es Rücksprachen mit dem Berliner Sozialgericht? Wie schätzt dieses die Situation ein?

Zu 3., 5. und 6.: Die zu beteiligenden Fachkreise, Funktionsträger sowie der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen werden bzw. wird im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens beteiligt. Hinsichtlich der bezirklichen Meinungsbildung liegt dem Senat keine Information vor. Der Senat hält zu seinen Gesetzgebungsverfahren schon aus Gründen der Gewaltenteilung keine Rücksprachen mit Sozialgerichten.

7. Wie setzen sich die Widerspruchsbeiräte in den einzelnen Bezirken zusammen? Wie hoch ist der Anteil der Menschen mit Behinderungen in diesen Gremien? Bitte nach Bezirken getrennt tabellarisch aufführen und dabei auch die realen Anwesenheiten darstellen.
 - a) Wie häufig tagten die Widerspruchsbeiräte im Jahr 2024? Bitte nach Bezirken getrennt tabellarisch aufführen.
 - b) Wie viele Widersprüche wurden dabei behandelt? Wie hoch war dabei die Quote korrigierter Widersprüche? Bitte nach Bezirken getrennt tabellarisch aufführen.

Zu 7.: Die Antworten der einzelnen Bezirke sind der Anlage zu entnehmen. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage 19/12286 vom 21.06.2022 verwiesen.

Berlin, den 05. Juni 2025

In Vertretung

Aziz B o z k u r t

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Anlage zur Antwort auf die Schriftliche Anfrage S19-22650

Einzelantworten der Bezirke zu 7., 7a und 7b

Zu 7.:

Charlottenburg-Wilmersdorf	Der Widerspruchsbeirat wurde gemäß § 34 Abs. 2, Abs. 3 Allgemeines Zuständigkeitsgesetz besetzt. Ein Mensch mit Behinderung. Keine Teilnahme im Jahr 2024.
Spandau	Der Widerspruchsbeirat im Bezirk Spandau setzt sich gemäß den gesetzlichen Vorgaben des § 34 AZG zusammen. Das Gremium besteht aus insgesamt 14 Mitgliedern, von denen 5 Personen der Gruppe der Menschen mit Behinderungen oder deren Interessenvertretungen zugeordnet werden. Die durchschnittliche Anwesenheitsquote aller Mitglieder bei den Sitzungen des Beirats lag bei 72 %.
Tempelhof-Schöneberg	<p>Der Widerspruchsbeirat ist wie folgt zusammengesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none">• drei Bezirksverordnete,• eine Vertretung der Gewerkschaften (DGB),• drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen (Diakonisches Werk e.V., VdK Berlin-Brandenburg, Unionhilfswerk e.V.),• zwei Vertretungen von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen (Ausländer mit uns e.V., Assyrische Union Berlin e.V.)• zwei Vertretungen der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirats nach § 10 AG SGB IX) entsandt wurden. Es ist festzuhalten, dass die Gewinnung der beiden Mitglieder mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Vor diesem Hintergrund konnten lediglich zwei der gesetzlich vorgesehenen fünf Positionen für die Vertretung von Menschen mit Behinderungen besetzt werden. <p>Seitens der Beiratsmitglieder werden keine Angaben zu einer etwaigen Behinderung gemacht, sodass eine belastbare Einschätzung des Anteils von Menschen mit Behinderungen im Widerspruchsbeirat nicht möglich ist. Ein Mitglied äußert jedoch offen persönliche Erfahrungen als Mensch mit Behinderung, sodass sicher davon ausgegangen werden kann, dass dem Widerspruchsbeirat mindestens eine Person mit Behinderung angehört.</p>

	<p>Die reale Anwesenheit der Beiratsmitglieder im Jahr 2024 fiel wie folgt aus:</p> <p>Sitzung, Zahl der Beiratsmitglieder sowie die Zahl der anwesenden Beiratsmitglieder (incl. Stellvertretung):</p> <ul style="list-style-type: none"> • 09.01.2024 11 8 • 13.02.2024 11 9 • 12.03.2024 11 11 • 23.04.2024 11 9 • 04.06.2024 11 9 • 16.07.2024 11 9 • 03.09.2024 11 11 • 01.10.2024 11 8 • 05.11.2024 11 10 • 03.12.2024 11 10
Steglitz-Zehlendorf	<p>Der Beirat besteht aus drei Bezirksverordneten, einem Vertreter der Gewerkschaften, drei Vertretern von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen; zwei Vertretern von Organisationen, die sich für die Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen und zwar vorrangig von Menschen mit Migrationsgeschichte; fünf Vertretern der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) entsandt wurden. Im Widerspruchsbeirat sind zwei von fünf Beiratsmitgliedern, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertreten, selbst Menschen mit Behinderung.</p> <p>An den vier Sitzungen des Widerspruchsbeirates im Jahr 2024 nahm eine Person als Vertreter für die Interessen der Menschen mit Behinderung teil.</p>
Treptow-Köpenick	Kann mangels Datenerhebung nicht beantwortet werden.
Neukölln	<p>Der Widerspruchsbeirat im Bezirksamt Neukölln von Berlin besteht aus 10 ordentlichen Mitgliedern. Sie setzen sich wie folgt zusammen:</p> <p>3 Mitglieder BVV</p> <p>1 Mitglied Ver.di</p> <p>1 Mitglied AWO</p> <p>1 Mitglied Diakoniewerk</p>

	<p>1 Mitglied Caritasverband</p> <p>1 Mitglied TUH e.V. Berlin</p> <p>1 Mitglied AKI e.V.</p> <p>1 Mitglied BA Neukölln</p> <p>Über den Grad der Behinderung (GdB) der Beiratsmitglieder liegen keine Informationen vor.</p> <p>Reale Anwesenheiten: zwischen 4 und max. sieben Personen</p>
<p>Marzahn-Hellersdorf</p>	<p>Der Widerspruchsbeirat setzt sich gem. § 34 Abs. 3 AZG wie folgt zusammen:</p> <p>a) drei Bezirksverordneten;</p> <p>b) einer Vertretung der Gewerkschaften;</p> <p>c) drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen;</p> <p>d) zwei Vertretungen von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 3 Absatz 2 des Partizipationsgesetzes vom 5. Juli 2021 (GVBl. S. 842) einsetzen und zwar vorrangig von Organisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte;</p> <p>e) fünf Vertretungen der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsandt wurden.</p> <p>Der Anteil der Menschen mit Behinderung wird nicht statistisch erfasst.</p> <p>Anteil der realen Anwesenheiten in 2024 von insgesamt 14 gewählten Hauptmitgliedern:</p> <p>Monat und reale Anwesenheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 01/2024 8 • 02/2024 5 • 03/2024 entfallen • 04/2024 7 • 05/2024 5 • 06/2024 entfallen • 07/2024 7

	<ul style="list-style-type: none"> • 08/2024 4 • 09/2024 10 • 10/2024 2 • 11/2024 10 • 12/2024 6
Reinickendorf	<p>Die Zusammensetzung des Widerspruchbeirats in Reinickendorf war/ist wie folgt:</p> <p>3 Vertreter aus der Bezirksverordnetenversammlung</p> <p>1 Vertreter der Gewerkschaft</p> <p>1 Vertreter von Vereinigung, die Bedürftige betreut (Träger gGmbH; ist aber leider wieder ausgeschieden)</p> <p>1 Vertretung der Interessenvertretung, die vom Bezirksteilhabebeirat entsandt wurde.</p> <p>Über eventuelle Behinderungen der Vertreter des Beirats hat das Amt für Soziales keine Daten erhoben.</p> <p>Die Anwesenheiten sind der nachfolgenden tabellarischen Aufstellung zu entnehmen.</p> <p>Datum Anzahl der Teilnehmenden</p> <p>25.01.2024 8</p> <p>07.03.2024 7</p> <p>11.04.2024 5</p> <p>23.05.2024 6</p> <p>04.06.2024 6</p> <p>05.09.2024 4</p> <p>10.10.2024 5</p> <p>07.11.2024 4</p> <p>05.12.2024 5</p>
Lichtenberg	<p>Gemäß § 34 Allgemeines Zuständigkeitsgesetz (AZG) i. V. mit § 116 Abs. 2 SGB XII (Sozialgesetzbuch XII) wird zur Mitwirkung im</p>

	<p>Widerspruchsverfahren in Sozialhilfeangelegenheiten für den Bezirk ein Beirat aus sozial erfahrenen Personen gebildet.</p> <p>Der Beirat besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) drei Bezirksverordneten; b) einer Vertretung der Gewerkschaften; c) drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen; d) zwei Vertretungen von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 2 des Partizipations- und Integrationsgesetzes einsetzen und zwar vorrangig von Migrantenverbänden. e) fünf Vertretungen der Interessensvertretungen für Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsandt wurden. <p>Die Mitglieder werden von der Bezirksverordnetenversammlung für die Dauer einer Wahlperiode gewählt.</p> <p>Das zuständige Mitglied des Bezirksamtes leitet die Verhandlungen des Beirates. Der Anteil der Menschen mit Behinderungen im Beirat ist hier nicht bekannt.</p>
Friedrichshain-Kreuzberg	<p>Nach § 166 SGB XII sind vor dem Erlass des Verwaltungsaktes über einen Widerspruch gegen die Ablehnung von Sozialhilfe oder gegen Festsetzung ihrer Art und Höhe (Widerspruchsbescheid) sozial erfahrene Dritte beratend zu beteiligen.</p> <p>§ 34 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes (AZG) bestimmt hierzu, dass hierfür für jeden Bezirk ein Beirat gebildet wird, welcher u.a. aus</p> <ul style="list-style-type: none"> • drei Bezirksverordneten (Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke; SPD), • einem Vertreter der Gewerkschaften (Ver.di), • drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen (AWO, Nachbarschaftshaus Urbanstr., Unionhilfswerk), • zwei Vertretungen von Organisationen, die für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 2 des Partizipations- und Integrationsgesetzes eingesetzt werden

	<p>und zwar vorrangig von Migrantenverbänden (Yekmal; Türkischer Frauenverein),</p> <ul style="list-style-type: none"> • fünf Vertretungen der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des SGB IX entsandt werden. <p>(keine Interessenten)</p> <p>Zum Anteil der Menschen mit Behinderungen gibt es keine Erhebungen.</p>
Mitte	<p>Nach § 34 Abs. 3 AZG besteht der Widerspruchsbeirat nach dem SGB IX und SGB XII aus:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) drei Bezirksverordneten; b) einer Vertretung der Gewerkschaften; c) drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen; d) zwei Vertretungen von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 3 Absatz 2 des Partizipationsgesetzes vom 5. Juli 2021 (GVBl. S. 842) einsetzen und zwar vorrangig von Organisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte; e) fünf Vertretungen der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsandt wurden. <p>Da der Bezirksteilhabebeirat bei der Änderung des AZG hinsichtlich des Buchstabens e) im Bezirk Mitte noch nicht eingerichtet war, wurden unter Berücksichtigung von Vorschlägen aus den Bereichen „Beauftragte Person für Menschen mit Behinderungen“ und „Psychiatriekoordination“ fünf Personen von Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen im Rahmen einer Übergangsregelung von der Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Damit war der Widerspruchsbeirat nach der Gesetzesänderung arbeitsfähig und konnte auch die Interessen dieser Personengruppe vertreten. Dem Bezirksteilhabebeirat Mitte ist es nach seiner Konstituierung bislang nicht gelungen, die fünf geforderten Vertretungen der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen zu finden und statt der obengenannten Personen in den Widerspruchsbeirat zu entsenden. Insofern besteht das oben beschriebene Provisorium fort.</p>

	<p>Aus unterschiedlichen Gründen haben sich von den fünf Personen mittlerweile drei aus der Arbeit beim Widerspruchsbeirat verabschiedet. Ersatz konnte nicht gefunden werden, da wegen der geringen Einflussmöglichkeit bei einem großen Lesepensum und einem hohen zeitlichen Aufwand pro Sitzung kaum Interesse vorhanden ist.</p>
Pankow	<p>Mitglieder: Bezirksverordnetenversammlung: Herr Mike Szidat Frau Heike Schmidt Frau Aileen Weibeler</p> <p>Verbände der Freien Wohlfahrtspflege: Frau Katharina Ehrenberg - Der Paritätische Berlin Frau Marina Pechardscheck - AWO Kreisverband Berlin Mitte e.V. Frau Renate Stark - Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. Organisation für Menschen mit Migrationshintergrund Frau Elisabeth Schmidek - SoVD</p> <p>Gewerkschaften: Frau Dagmar Greger - DBB</p> <p>Anteil der Menschen mit Behinderungen; Ein Beiratsmitglied.</p> <p>Reale Anwesenheitszeiten: Januar 5 Februar 4 März 6 April 4 Mai 2 Juni 5 Juli 3 August 2</p>

	<p>September entfallen</p> <p>Oktober 4</p> <p>November 2</p> <p>Dezember 2</p> <p>Gesamt 39</p>
LAGeSo	<p>Die Zusammensetzung des Widerspruchsbeirates für Widerspruchsverfahren des Trägers der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch und des Trägers der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch, hier das LAGeSo Berlin, ergibt sich aus § 34 Abs. 6 Gesetz über die Zuständigkeiten in der Allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz - AZG). Demnach besteht der Widerspruchsbeirat aus</p> <ul style="list-style-type: none"> o einer Vertretung der Gewerkschaften (besetzt durch DGB) o drei Vertretungen von Vereinigungen, die Bedürftige betreuen (besetzt durch Diakonisches Werk Berlin/Brandenburg, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V., Deutsches Rotes Kreuz/AWO Berlin) o zwei Vertretungen von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 3 Absatz 2 des Partizipationsgesetzes vom 5. Juli 2021 (GVBl. S. 842) einsetzen und zwar vorrangig von Organisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte (besetzt durch MINA-Leben in Vielfalt e.V.) o fünf Vertretungen der Interessensvertretungen der Menschen mit Behinderungen, die vom jeweiligen Bezirksteilhabebeirat nach § 10 des Gesetzes zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch entsandt wurden (besetzt durch Bipolaris e.V., Kinder Pflege Netzwerk e.V., ASL Berlin, Berliner Behindertenverband e.V., InterAktiv e.V.) <p>Über den Anteil der Menschen mit Behinderungen in diesen Gremien liegen keine Erkenntnisse vor.</p>

Zu 7 a.:

Charlottenburg-Wilmersdorf	Im Jahr 2024 hat der Widerspruchsbeirat achtmal getagt.
Spandau	Im Jahr 2024 fanden acht Sitzungen statt.
Tempelhof-Schöneberg	Der Widerspruchsbeirat hat im Jahr 2024 zehnmal getagt.
Steglitz-Zehlendorf	Im Jahr 2024 wurden vier Sitzungen des Widerspruchsbeirates durchgeführt.
Treptow-Köpenick	Es gab 13 Tagungen.
Neukölln	Im Jahr 2024 tagte der Widerspruchsbeirat zehnmal.
Marzahn-Hellersdorf	Insgesamt tagte der Widerspruchsbeirat im Jahr 2024 zehnmal.
Reinickendorf	Der Widerspruchsbeirat tagte im Bezirk Reinickendorf im Jahr 2024 insgesamt neunmal.
Lichtenberg	Im Amt für Soziales Lichtenberg hat der Widerspruchsbeirat im Jahr 2024 achtmal getagt.
Friedrichshain-Kreuzberg	Der Widerspruchsbeirat tagt in der Regel einmal im Monat. Personal- und krankheitsbedingt fand die Beiratssitzung im Jahr 2024 zehnmal statt.
Mitte	Der Widerspruchsbeirat tagt jeden 3. Dienstag eines Monats. Somit fanden in 2024 12 Sitzungen statt.
Pankow	Der Beirat tagte 11x im Jahr 2024
LAGeSo	Es fanden insgesamt 9 Anhörungen durch das LAGeSo statt. Die Anhörungen des Widerspruchsbeirates erfolgte in unregelmäßigen Abständen auf elektronischem Wege.

Zu 7 b.:

Charlottenburg-Wilmersdorf	Es wurden 169 Widersprüche beraten. Es wurden keine Widersprüche korrigiert.
Spandau	Insgesamt wurden 100 Widerspruchsfälle behandelt. In lediglich einem Fall wurden ergänzende Nachermittlungen durch die Beiratsmitglieder angeregt. Auch dieser Widerspruch wurde nach Abschluss der Nachermittlungen zurückgewiesen.
Tempelhof-Schöneberg	Im Jahr 2024 wurden insgesamt 198 Widersprüche behandelt, keiner davon wurde korrigiert.
Steglitz-Zehlendorf	Die Anzahl der Widersprüche für das Jahr 2024 betrug insgesamt 94; 51 wurden unter Hinzuziehung des Widerspruchsbeirates beschieden. Es gab keinen Widerspruch, der nach Beteiligung des Beirates korrigiert wurde.
Treptow-Köpenick	Es gab 101 beiratspflichtige Widersprüche in 84 Widerspruchsbescheiden. <ul style="list-style-type: none"> • Korrigierte Entscheidungen: Null. • Korrigierte Widerspruchsbescheide: 2 Widersprüche wurden zurückgestellt und im darauffolgenden Beirat besprochen, bei weiteren ca. zwei bis drei Widerspruchsbescheiden gab es die Bitte um die Aufnahme eines Hinweises (z. B. zur Beantragung von DKLB-Mitteln oder zur erneuten Antragsstellung). • Wenn man die Zurückstellungen als Korrektur zählt: $2/101 = 1,98$ % Quote.
Neukölln	Behandelte Widersprüche im Jahr 2024: insgesamt 166 Anzahl korrigierter Widersprüche: Null
Marzahn-Hellersdorf	Es wurden insgesamt 58 Widersprüche behandelt. Korrigierte Quote: 0
Reinickendorf	In den 9 Sitzungen wurden insgesamt 175 Widersprüche beraten. Es wurde kein Widerspruch korrigiert.
Lichtenberg	Im Jahr 2024 wurden insgesamt 83 Widersprüche im Beirat vorgetragen. Keine korrigierten Widersprüche.

Friedrichshain-Kreuzberg	<p>Im Jahr 2024 wurden in den Beiratssitzungen insgesamt 73 Widersprüche vorgetragen.</p> <p>Es mussten keine Widersprüche korrigiert werden.</p>
Mitte	<p>Im Jahr 2024 wurden 374 Widersprüche im Widerspruchsbeirat besprochen und danach beschieden. Im laufenden Jahr 2025 waren es bisher (Stand 26.05.2025) 141 Widersprüche. Im Jahr 2024 wurde ein Widerspruch korrigiert, in 2025 bisher noch keiner. Der Grund dafür liegt hauptsächlich in der vorherigen genauen Abhilfeprüfung auf den Ebenen Sachbearbeitung, Gruppenleitung und Widerspruchssachbearbeitung. Widersprüche, die zur Mitwirkung im Widerspruchsverfahren des Trägers der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX und des Trägers der Sozialhilfe nach SGB XII in den Widerspruchsbeirat gelangen, sind somit „durchgeprüft“.</p>
Pankow	<p>Monat Widerspruchsvorlagen</p> <p>Januar 7</p> <p>Februar 12</p> <p>März 4</p> <p>April 9</p> <p>Mai 7</p> <p>Juni 4</p> <p>Juli 4</p> <p>August 5</p> <p>September entfallen</p> <p>Oktober 12</p> <p>November 6</p> <p>Dezember 2</p> <p>Gesamt 131</p> <p>• Zur Quote korrigierter Widersprüche liegt keine Statistik vor.</p>
LAGeSo	<p>Es wurden 110 Widersprüche behandelt. Die Quote der korrigierten Widersprüche lag bei Null.</p>